Die Bundesregierung weiß es nicht. Sie will es vermutlich nicht wissen, weil sie ungestört die Interessen der Finanzindustrie bedienen will. Machen Sie selbst einen Test. Bitten Sie Ihren CDU/CSU- oder SPD-Abgeordneten um eine Auskunft über eine realistische Finanzplanung zu diesen beiden vom Steuerzahler subventionierten Privatvorsorgen. Wenn Sie eine einigermaßen umfassende Auskunft erhalten, dann lassen Sie uns das bitte wissen. Albrecht Müller.

Die Rürup-Rente floriert bei gut Verdienenden, weil über Steuervergünstigungen ein beachtlicher Teil der Prämienzahlungen von uns Steuerzahlern geleistet wird. Die Riester-Rente, eigentlich verkauft unter dem wohl klingenden Begriff "Mehr Eigenverantwortung", hat inzwischen hohe Zuwächse, weil der Bund mit massiver Propaganda die Vertriebsarbeit der Versicherungskonzerne und der Banken unterstützt und außerdem wir Steuerzahler die Förderung bezahlen. (Die neueste Information über die Entwicklung finden Sie in einem Eintrag vom 18.5.2007 auf der Webseite des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales: „Riester-Rente weiter mit viel Rückenwind – 620.000 Neuabschlüsse im 1. Quartal 2007".

Ich habe mich bei der Pressestelle des BMF nach der Finanzplanung, also den Schätzungen für die wahrscheinlichen Kosten in den kommenden Jahren für die beiden Rententypen erkundigt. Das Ergebnis meiner Recherche ist ausgesprochen mager:

1. Schätzungen über Steuerausfälle durch die Rürup-Rente sind dort nicht bekannt. Die gäbe es auch nicht, sagt man mir.
2. Die geschätzten Kosten für die Riester-Rente ergäben sich aus Tabelle 2 , unter „*nachrichtlich", zweite Zeile „Altersvorsorgezulage" des Ergebnisses der Steuerschätzung vom 8. bis 11.5.2007 in Görlitz. Dort sind für 2007 Kosten von 970 Millionen und für 2008 1,18 Milliarden angegeben. Vermutlich ist das weit unterschätzt und enthält jedenfalls nicht alle Kosten – jedenfalls nicht die Ausfälle, die die Entgeltumwandlung bei der gesetzlichen Rente verursacht.

Vielleicht gibt es unter unseren Nutzern Experten oder auch nur neugierige Rechercheure, die sich eine genauere Untersuchung der vermutlichen Gesamtkosten der Privatvorsorge zur Aufgabe machen.

Vielleicht findet sich ja auch noch ein/e Abgeordnete/r, die/der Fragen an die Bundesregierung stellt.